

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen

Morgen-Ausgabe

N. Jahrg. 218

Nr. 52 a

Bezugspreis: monatlich 2 M., auswärts 2 M. 50 Pf. — Bestellungen nehmen sämtliche Buchhandlungen, Druckereien und Postämter entgegen. **Halle-Saale** **Ansatzpreis:** Die 5000 Exemplare bis zum 1. April 1925 10 Pfennig, danach 15 Pfennig. Die 5000 Exemplare bis zum 1. April 1926 15 Pfennig, danach 20 Pfennig. **Geldstelle:** Halle-Saale, für Postanordnungen übernimmt nur diese Zeitung.

Geldstelle Halle-Saale, Leipziger Straße 61/62, Fernruf Central 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postfachkonto Leipzig 2082. **Dienstag, 3. März 1925** **Geldstelle Berlin,** Bernburger Str. 50, Fernruf Am Karfunkel Nr. 6290. Eigene Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Heyde, Halle-Saale

Der Tag der Reichspräsidentenwahl

Mittwoch allgemeine Landestrauer

Der 29. März als Wahlsonntag?

Berlin, 2. März.
(Von unserer Berliner Schriftleitung.)
Die Besprechungen über die Festsetzung des Wahltermins für den neuen Reichspräsidenten dürften sofort nach Abschluß der Reichstagsverhandlungen am Donnerstag beginnen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß man sich zu einem früheren Termin entschließen wird, um die unruhige parlamentarische Arbeit der Schaffung eines eigenen Stellvertretergesetzes zu umgehen und den Reichstag in seiner wichtigen gegenwärtigen Arbeit nicht mehr zu behindern, als unbedingt notwendig ist. Es besteht durchaus die technische Möglichkeit, den Termin bereits für den 29. März anzusetzen, da bei der Wahl auf die alten vorliegenden Listen zurückgegriffen werden kann, die durch Werbung berufenen Personen, die mittlerweile das wahlfähige Alter erreicht haben, zu ergänzen wären. Für den 29. März spricht vor allem der Umstand, daß sonst ein geeigneter Sonntag erst in der zweiten Hälfte des April zu finden wäre, da die vorhergehenden Sonntage Feiertagscharakter tragen und vor allem mit Rücksicht auf den landwirtschaftlichen Teil der Bevölkerung.

Was dieser Wahlsonntag für den 26. April in Betracht. Dieser Wahltag dürfte nach Lage der Dinge der entscheidende sein.

Ausfall der Berliner Börse am Mittwoch verboten

Berlin, 2. März.
(Durch Funkdruck.)
Der Amtliche Preussische Reichsblatt teilt mit: Als Tag der Beilegung des Reichspräsidenten im Sinne der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar gilt Mittwoch, der 4. März. An diesem Tage sind entsprechend der Verordnung öffentliche Markt-, öffentliche Auktionen, öffentliche Versteigerungen, öffentliche Versteigerungen, öffentliche Versteigerungen verboten.

Ausfall der Berliner Börse am Mittwoch

Berlin, 2. März.
(Durch Funkdruck.)
Wie der „Deutsche Handelsdienst“ erfährt, wird aus Anlaß der Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Reichspräsidenten am Mittwoch die Berliner Börse ausfallen.

Die ewige Krise in Preußen

Schlechte Aussichten für Marx

Berlin, 2. März.
(Von unserer Berliner Schriftleitung.)
Die Krise in Preußen droht allmählich zu einem Dauerzustand zu werden. Die für den 4. März vorgesehene Wahl des Ministerpräsidenten ist mit Rücksicht auf den Tod des Reichspräsidenten erneut verlagert worden. Es ist noch gar nicht abzusehen, wann diese Wahl nun stattfinden wird, da der preussische Landtag sich mit dem Gebanten trägt, überhaupt einige Zeit in Berlin zu sehen.

Der Marx nimmt also wieder das Geschäftsministerium wahr und scheint sich mittlerweile endlich dazu zu entschließen, einmal ein wenig nach rechts Richtung zu nehmen. Allerdings kauft er mit dem Gebanten, so wie er ihn aufstellt. Es ist allerdings wenig Aussicht vorhanden, daß seine Bemühungen von Erfolg begleitet werden, selbst wenn sie nunmehr darauf hinauslaufen, ein

Wahltermin aus den Parteien der Mitte — Zentrum, Demokraten, Sozialdemokratie und Wirtschaftspartei — zu schaffen. Die aufzunehmende Rechte wird es unter neuen Umständen dulden können, daß man das System überdauern beibehält.

Der Arbeitsplan des Preussischen Landtages

Berlin, 2. März.
(Von unserer Berliner Schriftleitung.)
Der Vizepräsident des Preussischen Landtages legte Montag nachmittags den Arbeitsplan für die nächste Woche fest. Dienstag 2 Uhr wird der Landtagspräsident eine Trauerrede über den Reichspräsidenten halten. Der Mittwoch bleibt Sitzungsfrei. Am Donnerstag und Freitag werden die Anträge zu den Grubenunglücken beraten. Die nächsten Tage bleiben wieder Sitzungsfrei.

Ein offizieller Bericht hierüber ist im Laufe des Diensttags zu erwarten.

Die Trauerfeier für Reichspräsident Ebert

Berlin, 2. März.
Am heutigen Montag vormittag sind im Reichsministerium des Innern, im Berliner Reichspräsidenten und an anderen Stellen die Besprechungen über die Durchführung der Trauerfeierlichkeiten für Reichspräsident Ebert weitergeführt worden. Der neue kommissarische Polizeipräsident Friedeburg hat mit dem Kommandeur der Schutzpolizei, Oberst Hauptmann, sehr eingehend verhandelt und in einer Konferenz der Leiter der einzelnen Polizeigruppen werden die notwendigen Maßnahmen zur Abfertigung und Umleitung des Verkehrs noch näher festgelegt werden. Wie wir erfahren, wird für die Zeit der Trauerfeier der Verkehr der Straße hinter den Linden, in der oberen Mittelstraße, und dann hinter der Weg vom Reichstag nach dem Schloss von jedem Verkehr freigestellt werden, um den würdigen Einbruch des Trauerzeremoniells nicht zu stören. Es ist beachtenswert, daß die Mitglieder der S.P.D. sich am Montagabend vor der Kampe des Reichstages versammelten. Es ist geplant, daß am Mittwochabend in einem großen Saale Berlins eine Trauerbegehung der S.P.D. stattfinden. Der Sonderzug, der von der Reichsbahnstation Berlin für die Überführung nach Heidelberg zur Verfügung gestellt wird, wird aus einer Reihe von Salons und Schlafwagen für die Familie des Reichspräsidenten und die an der Überführung beteiligten offiziellen Persönlichkeiten bestehen. Der Sarg wird, bei ein Salonschienenwagen nicht mehr vorhanden ist, in einem würdig ausgestatteten Gepäckwagen untergebracht.

Ein kommunistisches Rubensstück

Dortmund, 2. März.
Dem Dienstgebäude des hiesigen niederländischen Konsulats wurde in der Nacht zum Sonntag die auf Selbsttod gefasste Bombe heruntergeholt, zertrümmert und gestohlen. Die Täter, Angehörige des kommunistischen Jungturms, konnten noch nicht gefasst werden. Die Tat soll auf einen Beschluß der S.P.D.-Zentrale in Berlin zurückzuführen sein, monoch beruhen der Gruppe drei Gemeindeführer berichten werden, die die meisten einzuwendenden Reichsbeschlüssen aufzuweisen hat. Bei dem Attentat auf die rot-weiß-blaue holländische Flagge patiierte der Räuber infolgedessen ein Verurteiltes, als sie in der Dunkelheit des Nachts die niederländischen Flagge mit dem Schwarz der alten Reichsfarben verwechselten.

Für Dienstag nächster Woche ist die Wahl eines Ministerpräsidenten vorgesehen.

Vorher wird um 1 Uhr der Beilegetat Trauerfeier ist der Landtag eingeladen.

Schlägerei zwischen Kommunisten und Reichsbannerleuten

Wien, 2. März.
In einer hier abgehaltenen Versammlung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, in der der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Köpcke, sprach, kam es zu einer wüsten Schlägerei zwischen Reichsbannerleuten und Angehörigen des kommunistischen roten Frontkämpferbundes, wobei etwa 100 Menschen in einem Saal mit Stühlen und Stöcken aufeinander losgingen, so daß die Versammlung nicht eröffnet werden konnte. Von der Galerie wurden Stühle hinuntergeworfen. Drei Angehörige des Reichsbanners wurden blutüberströmt aus dem Saal gebracht. Zeitweilig hatten sie Messerfeste bekommen. Die Zahl der verletzten Kommunisten ist wesentlich höher, konnte jedoch nicht festgestellt werden, da die Kommunisten ihre Leute mit sich nahmen. Der Polizei gelang es schließlich, den Saal freizumachen, so daß die Versammlung eröffnet werden konnte.

Neuwahl in Luxemburg

Brüssel, 2. März.
Gestern haben im Grobtheatergebäude Neuwahlen stattgefunden. Wähler liegen folgende Wahlergebnisse vor: Sozialisten 22, Liberale und Radikale 9, Sozialdemokraten 9, Arbeiterpartei 10, Bauerngruppe 1. Die Rechte behauptete ihre bisherigen Stellungen. Einen Erfolg trägt die Arbeiterpartei davon, die 4 Sitze erobert hat.

Herriots Finanzgesetz angenommen

Paris, 2. März.
Am Sonntag um 8 Uhr war die letzte Nachbühnung der Kammer, die sich mit dem Finanzgesetz zu beschäftigen

hatte, zu Ende. Mit 328 gegen 230 Stimmen war der Gesetzesentwurf der Regierung angenommen. Die Kammer hat es also tatsächlich fertiggebracht, die Regierungsvorlage für die Beratung im Senat in den ersten Tagen des März bereitzustellen. Die Opposition erhofft jetzt von dem Senat, daß er der Regierung die Schwere der Sache, mit denen die Wählerheit in der Kammer kein Glück gehabt hat, verzeihen wird. Der Senat hat die Beratung eine Woche, in der er die Experten für die neue Gelegenheit dankte, die sie der Mehrheit geben habe, die Festigkeit des Finanzrechts zu beweisen. Die Kammer vertagte ihre Beratungen bis zum 10. März.

Noch ein Gutachten des Militärkomitees

Paris, 2. März.
Die Aufgabe des interalliierten Militärkomitees ist, wie die Morgenblätter melden, mit der Errichtung des Entwurfs adens noch nicht beendet. Es kommt darauf an, für weill die Verträge Deutschlands gegen die militärischen Klauseln des Vertrages festzustellen, bevor die deutsche Regierung zur Abfertigung der Verträge aufgefordert werde. Deshalb wurde das Militärkomitee in der nächsten Zeit auf Verlangen der Alliiertenkonferenz ein zweites Gutachten abgeben, das sich mit den technischen Bedingungen beschäftigt, die Deutschland erfüllen soll. Es sei noch nicht entschieden, ob die Alliiertenkonferenz Marschall Foch sofort um die Aufhebung des Dokumentes ersuchen wird, oder vorher zunächst den Wächtern ein Meinungsäußerung über die genannten Verträge abzufordern soll. „Journal“ rednet mit der Möglichkeit, daß eine besondere Konferenz der Ministerpräsidenten einberufen wird.

Inhalt des Gutachtens des Militärkomitees

meldet die Morgenpresse: Der Bericht des Marschall Foch unterbreitet die Zusammenfassung der neuen deutschen Verordnungen. Er nennt besonders auf die militärische Ausrüstung geheimer Waffenfabrikation Bezug und mißt dem Bericht gegen das Recht der Waffenfabrikation weniger Bedeutung bei. Das Gutachten weist nachdrücklich auf folgende, auch im Schlussebericht der Kommission enthaltenen Forderungen hin:

1. Abwesenheit eines Generalstabs (1) in der Person des Generals von Seest;
2. Neubildung des Großen Generalstabs, der jetzt für eine Armee von 100 000 Mann 250 Offiziere betrage, während der Große Generalstab 1914 für das 1 Million starke Heer 200 Offiziere zählte;
3. Militärisierung der Schupo;
4. Vorbereitungen zur Herstellung von Kriegsmaterial.

Große außenpolitische Debatte in London

London, 2. März.
Wie in gutunterrichteten Kreisen bekannt, wird der Premierminister am Freitag eine umfassende Erklärung über die Politik der Regierung in der Frage der politischen Gewerkschaftsaufträge abgeben. Von der Erklärung des Premierministers wird die Haltung der konservativen Partei abhängen. Während dieser Woche wird die auswärtige Politik sowohl im Ober- wie im Unterhaus zur Sprache kommen. Morgen wird Aquith seine erste Rede im Oberhaus halten. Er beschäftigt die Regierung hinsichtlich ihrer Schritte hinsichtlich der Verfertigung des interalliierten Militärkontrollsystems zu betragen. Am Donnerstag wird im Unterhaus Lloyd George die Debatte über die Außenpolitik eröffnen. Der Außenminister Austen Chamberlain wird nach der seiner Anrede nach dem Ende der Woche, über die Stellung der Regierung in der Frage der Währungsunion, der deutschen Entwaffnung und der Sicherheitsfrage interpelliert werden.

Millicand gegen Herriot

Paris, 1. März.
Millicand sprach heute in Marseille am Bankett der Nationalenradikalen Liga. Die Radikalen der Stadt hatten umfangreiche Parolischmärgelungen ergriffen, die gegen den früheren Präsidenten der Republik Drozungen laut gegeben waren. Sämtliche verhafteten Polizeistellen waren aufgegeben und aus Paris wurde eine besondere Abteilung der Gendarmerie entsandt. Aus einer benachbarten Stadt war eine Schwadron Infanterie und eine Abteilung Senegaleser herangezogen. Als Gegenmaßnahme hatten die Republikaner und Sozialisten eine von 4000 Personen besetzte Versammlung einberufen. Die Kommunisten hielten gleichzeitig eine Versammlung ab. Millicands Rede enthält heftige Angriffe gegen die Politik von Herriot. Der Ministerpräsident Herriot habe Maßnahmen beschlossen, die Frankreich dem Untergang entgegenführten. Millicand verurteilte insbesondere die Verminderung der Meereshöhe und die Herabsetzung der Militärpflicht.

Zu dem deutsch-französischen Wirtschaftsabkommen

Berlin, 2. März.

In den deutsch-französischen Handelsvertrags-Verhandlungen ist ein zentraler Punkt der Verhandlungen, das ist die in Paris getroffene Verständigung über ein Vertragsabkommen als eines der Definitivum. Am 16. März beginnen die Verhandlungen für das Definitivum. Die endgültigen Verhandlungen über das Definitivum werden in den nächsten Monaten der Verhandlungen stattfinden. In den Verhandlungen ist über das Abkommen einig, das beide Parteien darüber einig sind, das in beiderseitiger Interesse eine Regelung gefunden werden soll. Was die eisen-erzeugnisse anbelangt, so sind nicht etwa die in Versailles festgelegten Kontingente, sondern noch zu verhandelnde Kontingente zu ermittelten Stellen vorzulegen. Auch für das Definitivum sind noch einige Ausnahmen von der allgemeinen Festlegung vorgesehen, über deren Umfang und Dauer noch zu verhandeln ist. Ausgeschlossen, die von beiden Seiten gemacht werden, werden auf vorläufiger Grundlage. Beide Teile verpflichten sich, vom Zusammenstoß bis zum Eintritt des Definitivums jede Sollmaßnahme zu unterlassen.

Beginn der deutsch-polnischen Handelsvertrags-Verhandlungen

Berlin, 2. März.

Heute beginnen in Berlin die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. Am 13. Januar d. J. war zwischen Deutschland und Polen ein provisorisches Handelsabkommen abgeschlossen worden, das den Beginn der allgemeinen Handelsvertragsverhandlung zur Schaffung der definitiven Handelsverträge auf den 1. März festlegte. Auf beiderseitiger Seite werden die Verhandlungen unter Leitung des Staatssekretärs Sewald geführt. Wie wir erfahren, hofft man bis zum 31. März zu einem definitiven Abschluß zu gelangen.

Keine Aufwertung von Reichsbanknoten

Berlin, 2. März.

(Eigener Drahtbericht)

Selbstamtlich wird gegenüber der Auffassung in einigen Kreisen des Publikums mitgeteilt, daß gemäß § 8 des Bankgesetzes vom 30. August 1924 der Umlauf der Reichsbanknoten im Verhältnis von einer Million gleich einer Reichsmark zu erfolgen hat. Die Bestimmungen, die auf eine Aufwertung des Reiches hinzielen, müßten von vornherein darauf abzielen, daß das Bankgesetz zu demjenigen Gesetz gehört, zu deren Durchführung internationale Abmachungen auf Grund des Sachverständigenberichts erlassen worden sind. Es muß nachdrücklich vor dem Willen der Verbände gewarnt werden, die sich nicht auf die Aufsicht der Aufwertung des sogenannten Vorkriegsgeldes beschränkt haben.

Tagung der Haus- und Grundbesitzer in Preußen

Berlin, 1. März.

Auf der Tagung der preussischen Haus- und Grundbesitzer in Weimar in Berlin wurde am Sonntag in der Frage der Aufwertungsfrage folgende Entscheidung gefaßt:

- 1. Die Haus- und Grundbesitzer-Verbände Preußens verlangen:
 - a) eine einheitliche abschließende gesetzliche Regelung der gesamten Aufwertungsfrage unter vorzugsweiser Berücksichtigung der Bedürfnisse der Wirtschaft durch klare, ungeschwehliche Bestimmungen;
 - b) Ausschluß der rückwirkenden und individuellen Aufwertung;
 - c) Regelung der Hypothekenaufwertung unter unwiderrücklicher Einwirkung der Haus- und Grundbesitzerverbände und unter Berücksichtigung ihrer Grundlagen für den Kredit; für den Wohnungsbau und für die Wohnungswirtschaft;
 - d) in diesem Rahmen: a) am weitesten der berechtigten Forderungen unterer Klassen Wirtschaftsteilnehmender und insbesondere der Haus- und Grundbesitzer grundsätzlich keine höhere Aufwertung der Hypotheken als 15 Prozent unter Wahrung des Grundbesitzes gleichmäßiger Verteilung auf alle Aufwertungsgruppen; b) Wiedereinnahme eines geringeren Zinses und Zinseszinses an Hypotheken in Höhe von Grund der früher betragsmäßig bedingten normalen Zinssätze; c) Umwandlung der aufgewerteten Hypotheken in Tilgungshypotheken in allen den Fällen, in denen der Schuldner einen derartigen Antrag stellt; d) Unter der Voraussetzung Festsetzung der Höhe in solcher Höhe, daß Zins und Tilgung für die aufgewerteten Hypotheken aus der be-

Im Herrengarten

Roman von Gustav Böberer.

Copyright 1924 by Horst Bodamer, Oberort.

„Wären Sie selbst noch Berlin und halten Sie Vertrag? Ich möchte jetzt erbenliche Mühsal auf den General von Berow nehmen! Stellen Sie die außergewöhnlichen Umstände so dar, wie Sie es mit mir getan haben, Herr Korpsauditeur! Ich bin kein Jurist, aber ich meine, solange die Welt nicht ausdrücklich mündlich, daß den Dingen auf den Grund gegangen wird, sollte man verstanden ohne öffentlichen Skandal die Absicht aus der Welt zu schaffen. Die Zeiten sind voller Unruhe! Für gewisse Leute würde es ein gesundes Geschäft sein!“

„In Berlin dachte man viel härter! Warten, bis die Weltliche Weltfessel schlingen? Soll man einem notorischen Räuber die Offiziersuniform lassen?“

„Wir haben noch keine Senevie, Eure Excellenz“, sagte der Steffiener Korpsauditeur.

„Aun, ich meine, nach Ihrem Vertrag sind die Verdachtsgründe jedenfalls zu erhebliche, daß sie fort schon zu Beweisen genorden sind!“ witterte der kummervollende General des Generalstabs und sah seinen Korpsauditeur an, der dem Vortrag beistimmte.

„Zweifellos, zweifellos“, bestätigte der die Äußerungen seiner Excellenz.

„Wir werden schlichtgemäß die Sache weiterverfolgen.“ Der Steffiener Korpsauditeur verbeugte sich und ging. Mit harter Hand hat man nicht immer, das redete. Es hätte nach einem Anlauf selber, der Mittelreicher von Berow würde nach Verkauf seines Heilands von drei Monaten befristet und den Verzicht bedeutet, auch für sie sei es angenehmer, die Waise verlässe im Lande.

Der Oberst Prinz Regis fiel aus allen Wolken, als ihm die Ansicht in die Ohren geblieben wurde. Der Korpsauditeur des Generalstabs hatte ihm zugleich mit dem Major von Gollauer vom Generalcommando bereits unterwegs sei, um den Mittelreicher von Berow zu verhaften.

Durchlaucht waren darüber sehr unzufrieden. Man sehe den Mittelreicher einwilligen in Stubenarrest, damit der Mann verhaftet werde, solange es möglich ist! Der Korpsauditeur sagte die Wahrheit.

„Wichtigste seiner Tätigkeit habe ich ausgenutzt! Er ist der Geschäftsmann!“

Der große Erfolg der Leipziger Frühjahrsmesse

Die Leipziger Messe am Montag

Leipzig, 2. März.

Der Besuch der Leipziger Messe hat heute weiter außerordentlich zugenommen. Der Andrang der Interessenten war so groß, daß die Messe fast nicht mehr abzuwickeln war. Alle Ausstellungshallen sind überfüllt. Besondere läßt sich heraus noch nicht auf einen günstigen Verlauf der Messe schließen. Die Verkäufer erklären zwar, daß sich eine große Zahl von Interessenten und Kaufleuten eingestellt habe, jedoch sei es schwierig, sich über die Preise zu einigen. Die Verkäufer erklären, daß die Preise weiter ausbleiben werden.

Wiederholte Besuche

gehen weit auseinander. Die meisten Interessenten verlangen hohe Preise und die Verkäufer sind infolge der Kapitalverknüpfung nicht in der Lage, diese zu bewilligen. Nur die Verkäufer können Wünsche erfüllen, die günstige Zahlungsbedingungen einräumen können. Alle und gut eingeführte Handlungen werden daher auch in den meisten Fällen den gewöhnlichen Geschäftsbedingungen entsprechen. Die meisten und unbekannteren Firmen können über mangelhaftes Entgegenkommen der Verkäufer.

Auf der Leipziger Messe überwiegt heute die Zahl der zu Stützenden Interessenten. Einmalige Stellen fehlte, daß die Auslieferung der

Leipziger Messe alle bisher dagewesene weit übertraffen habe. Die Auslieferung des letzten Jahres sind bemerkenswert. Da, wo früher eine Firma ein Model ausgestellt hatte, sind heute 5 bis 6 Neuentwürfen zu sehen. Besonders

frühen werden können, unter vorzugsweiser Berücksichtigung des Eigenkapitals des Geschäftsinhabers bei der Aufwertung durch Gewinnaufschlag.

Der preussische Verarmtumsausschuss verträgt sich

Berlin, 2. März.

Der Verarmtums-Ausschuss des preussischen Landtages trat heute zu einer Sitzung zusammen, bezog sich aber nicht wieder, obwohl die Kommunisten Widerspruch erhoben. Die nächste Sitzung wird frühestens am Sonnabend, wahrscheinlich aber erst in der nächsten Woche stattfinden.

Strafanzeige gegen Senatspräsident Dr. Niedner?

Berlin, 28. Februar.

Wie eine Berliner Korrespondenz berichtet, ist wegen der Aufhebung des Reichsmaterials Dr. Camter aus dem Reichsamt durch die Polizei gegen Senatspräsident Dr. Niedner eine Strafanzeige wegen Verletzung der Staatsanwaltschaft Strafanzeige wegen Verletzung der Staatsanwaltschaft, Mäßigung im Amt und widerrechtliche Festnahme, erlassen worden. Am übrigen erließen die Reichsrichter, insbesondere der am dem bekannten Konflikt, am meisten beteiligte Anwalt, folgende Strafanzeige.

Oberst Giese über sein Todesurteil

Berlin, 28. Februar.

Auf die Nachricht hin, daß Oberst A. v. von Giese von einem belgischen Kriegsgericht zu Tode verurteilt worden sei, teilt Oberst von Giese mit: „Die Nachricht, daß mich ein belgisches Kriegsgericht in Namur in contumacia zum Tode verurteilt hat, hat mich außerordentlich überrascht. Das Urteil spricht mich schuldig, ich hätte bei einem 17. November 1918 und 72 Gefolge niederbreiten lassen. Die Verurteilung ist unmaß. Die ganze Freiwildt, wie der belgischen Gerichtsverfahren vorgegangen wird, ergibt die Tatsache, daß ich mit meinem ganzen Regiment, dem Leibregiment-Regiment, nie in Venedig oder auch nur in der Nähe dieses Ortes gewesen bin. Daraus abgesehen, bin ich glücklicherweise niemals in der Dronagslage gewesen, welche, wie das Urteil für mich unterstellt, erziehen zu müssen. Ich überlasse es allen gerecht denkenden Menschen, sich ihre Meinung über den Wert eines solchen Gerichtsverfahrens und eines solchen Urteils zu bilden.“

weise die Maschinenausstellung eine großartige Vervollkommnung auf. Die Preise auf der Leipziger Messe ergaben sich durchaus angemessen und der Sachinhalte der Messe, der wird voll in Rechnung gestellt.

Der deutsche Außenhandel im Januar 1925

Berlin, 2. März.

Der deutsche Außenhandel zeigte im Januar 1925 wieder eine außerordentlich hohe Leistung. Die Exporte betrugen 674 Millionen RM. Die Einfuhr ist gegenüber dem Vormonat um 88 Millionen RM. gestiegen, während die Ausfuhr eine Verminderung um 42 Millionen RM. aufwies. Dies erklärt sich zum Teil daraus, daß die Einfuhr von Konsumgütern auch im Januar noch sehr groß war.

Die Kreditnot des gewerblichen Mittelstandes

Berlin, 2. März.

Der Reichswirtschaftsminister hat die aufständigen Verbände des Gewerbes, des Kleinhandels, des Deutschen Genossenschaftsverband, die für den gewerblichen Kredit maßgebenden Stellen (Reichsbank, Preussische Zentralgenossenschaftsvereine, Genossenschaftsverbände der Dresdener Bank und Deutscher Sparkassen- und Giroverband) sowie die beteiligten Reichs- und Landesbehörden für heute zu einer Besprechung gebeten, um mit ihnen die Ursachen der Kreditnot und Maßnahmen zu deren Abhilfe zu erörtern.

Ein Prozeß gegen den Zaren Ahril

Berlin, 2. März.

(Von unserer Berliner Korrespondenz) Die Berliner sozialistische Zeitung „Die Arbeit“ behauptet, daß der bekannte Reichsrat der Zeitung „Rote Welt“, Herr A. Snesarow, bei Berliner Gerichten eine Forderung von 10 000 RM. gegen den Zaren Ahril anzuheben gemacht habe. Snesarow begründet seine Forderung damit, daß er diesen Betrag von dem Zaren Ahril zu kassen, den Zaren der Reichsrat der Zeitung „Rote Welt“ zu kassen, das ist tatsächlich im Laufe des letzten Jahres Ahril gewisse Dienste erwiesen. Die Zeitung „Die Arbeit“ ist bekanntlich schon als sozialrevolutionäres Blatt gegen Ahril feindselig eingestellt.

Der schweizerische Bundeskanzler

Bern, 2. März.

Der schweizerische Bundeskanzler Wolf Steiger ist im 67. Lebensjahre plötzlich gestorben. Wolf Steiger war seit 1919 Bundeskanzler. Er wurde 1859 in Bern geboren, studierte an der dortigen Universität, sowie in Genf, Bonn und Leipzig. Zuletzt war er als Abgeordneter des Bundesrats in Bern tätig, um schließlich Bundespräsident zu werden. 1908 bis 1918 gehörte er dem Schweizeramt an und wurde zuletzt Mitglied der Eidgenossenschaft.

Die Beisehung Brandtangs

Stockholm, 1. März.

Schon um 10 Uhr vormittags waren 10 000 Menschen versammelt, die sich in langem Zuge am Sterbehause Brandtangs begeben, dem alten Brandtangs, an der Ecke der Straße und dem angrenzenden Stadtwald mußte die Polizei Abwehrungen vornehmen. Hjalmar Brandtangs Leichnam, der besammet war, liegt in einem eichenen Sarg. Im 2. Uhr nachmittags verließ der Sarg, geschützt mit roten Fahnen, das Haus Brandtangs und den Stadtwald, um die Beisehung zu beginnen. Die Beisehung Stockholms bildete zu beiden Seiten der Straßen die Ehrenwache. Bei der Trauerfeierlichkeit waren der König, der Kronprinz, die Prinzen des königlichen Hauses und das bänische Staatsministerium anwesend. Die norwegischen und dänischen Gesandten verließen ihre Plätze. Der Sarg wurde in der Paulsenstraße beigesetzt. Der schwedische Staatsminister der deutsche Sozialistenführer Wels und der französische Renaudet hielten Ansprachen.

Explosionskatastrophe

Wio de Janeiro, 28. Februar.

In Riterrore explodierte ein großes Sandhoff-Depot. Umgefahr 100 Menschen wurden getötet, 6000 Häuser zerstört. Umherdriftend 3000 Säuler wurden durch die Wirkung der Explosion vollständig zerstört.

Da ließ sich also nichts tun! Der arme Berow! Das ganze Regiment hatte ihn so gern und er war einer der wichtigsten Frontoffiziere seiner Majestät...

„Dieses Papageno, ich muß auf einige Zeit von Ihnen Abschied nehmen! Die liebe Schwägerin wird mit den Kindern in Belgien!“

Der General hatte sich wunderbar in der Gewalt. „Ich brauche die feine guten Rehen zu gehen!“

„Durchaus nicht! Bei aller Feindschaft werde ich nie vergessen, daß ich ein Berow bin!“

Der Korpsauditeur hatte zwei scharfe Anweisungen. „Korpsauditeur der Mittelreicher zu ihrem Gefährten.“

„Ich leugne nicht und ich gebe nicht zu! Man beneide mich die Tat!“

„Sie ist so gut wie befohlen! Die Verdachtsgründe sind so schwerwiegend...“

„Dann mache man mir den Prozeß!“

Seine Majestät König Friedrich Wilhelm der Dritte, ein Groß, dem das Leben viele schwere Schicksalsschläge gewohnt, fehlte seinen Söhnen, den Prinzen Wilhelm, zu sich befohlen.

„Ein Schreiben des alten Berow eingegangen!“

Der Prinz stand am Fenster und las das Schriftstück mit gekrümmter Stirn. Der General hat Seine Majestät, den Namen Berow nicht zu Schanden werden zu lassen. Er habe seinen Sohn nicht getötet, ob er den Grafen Werleth, einen Augenblick, wie allgemein bekannt sei, niedererschossen habe. Er wolle auch nicht, ob der Tod seiner heillosen Tochter mit einem Prozeß bei König Werleth aufzunehmende, aber er glaube es. Sei es der Fall, und überlasse er, in welcher Lage dann sein Sohn gekommen sei, so gefesse er endlich, er billige durchaus, was sein Sohn vielleicht getan habe. Er bitte Seine Majestät nicht um Gnade, das läten die Berow nicht. Er bitte aber allemuntertänig, seinen Gefährten nicht anzugehen zu lassen, wenn eine Prozeß eine erstreckt hätten gegen Gesehe, die zu des Landes Schutz hätte sein.

Der Prinz reichte das Schriftstück seinem königlichen Vater gläubig bewegt zurück.

„Ich werde dem Berow insam lassen und lassen lassen!“

„Majestät ich darf um Gnade bitten! Gnade, die die Berow um die Göttergöttern reichlich verdient haben! Ab-

schied ohne Uniform und Pension, aber man belasse ihm den Mittelreicher!“

„Gingst ja sehr an dem Berow!... Ich auch!“

„Ich habe ihn lieb wie einen Bruder! Die Trennung ist schmerzhaft! Auch im Interesse des königlichen Dienstes!“

„Will Gnade wollen lassen...“

„Schreib Du an den General! Ich nicht! Ich will nicht, wenn sie soweit sind, um in die Arme einzutreten zu können!“

„Majestät, ein Befehl, den ich gewissenhaft und mit großer Freude ausführen werde!“

„Ja ja! Schon gut!... Auf mit den Adjutanten herein!“

Prinz Wilhelm war freudig überrascht gemeldet von der Mutter, dem Verständnis seiner hohen königlichen Befehle diesem ganz außerordentlichen Fall gegenüber. Er wollte versuchen, dem Freunde eine goldene Brücke zu bauen, vielleicht ließ er sich dann irgendwo in der Provinz dem königlichen Dienste erhalten. Er schickte einen älteren Offizier zum Mittelreicher, um den Berow mit dem Befehl, eine ehrenvolle Entlassung zu fordern, daß er wieder den Grafen Werleth niedererschossen habe nach dem Vater kenne. Berowes!“

„Ich äußere mich überaus nicht! Ich werde mein Bestes als Mann zu tragen wissen!... Und bitte Seine Majestät meinen untertänigen Dank zu übermitteln für Schuld und Gnade, die er mir so reichlich hat zuteil werden lassen!“

Man warte noch einige Zeit. Bedenke damit, daß die Familie Werleth sich in das Verfahren mische. Jeun genenne oder wenigstens Verdachtsgründe äußere. Aber es geschah nicht, der uneheliche Majoratserbe Graf Oster Werleth trieb sich in der Welt herum, wie ein Waise in ablehnender Zeit fand sich zu erwarren. Der Werleth, der noch ihm in Frage kam, (siehe irgendwo in Mittelweiden, an der nordwestlichen Grenze, Weges große Bahnen. Sollte eine Bauerntochter geheiratet, die ihm eine ganze Horde Kinder geboren, Frau und Kinder hätte er monatlich ein halbes Jahr nicht. Jagte in seinen Gärten, auf seinen Blumen, letzte ist ein feiner Geschmack, und kam nur aller Aufrechter einmal nach Ziefhofen. Dann fielen ihm, die Wägen die Fingergrößen hin, hörten indem seine Selbstweisheit an und waren fort, konnten sie ihm wieder den Rücken kehren. Er hatte aber auch zu wertwürdige Ansichten. Tage über in Gedacht.

„Korrespondenz folgt.“

